Vorlagefragen

1. Ist Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/EWG⁽¹⁾ des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen dahin auszulegen, dass ein Vertrag ohne die missbräuchliche Klausel nicht fortbestehen kann, wenn der übrige Vertrag für den Gewerbetreibenden eine unzumutbare Härte darstellen würde?
2. Für den Fall, dass ein Vertrag, der für den Gewerbetreibenden eine unzumutbare Härte darstellt, nicht fortbestehen kann, ist dann das nationale Gericht, um den Vertrag im Interesse des Verbraucherschutzes zu retten, befugt, eine dispositive Rechtsvorschrift anzuwenden, oder muss es in den Vertrag eine für den Gewerbetreibenden minimal zumutbare Vorschrift aufzunehmen?
3. Kann im Fall der Unwirksamkeit einer missbräuchlichen Klausel über die vorzeitige Fälligkeit der übrige Vertrag im Sinne von Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13 fortbestehen?
4. Kann der Verbraucher vor dem angerufenen Gericht auf die Schutzregelung der Richtlinie 93/13 verzichten?
5. Ist mit dem Grundsatz der Effektivität der Richtlinie 93/13 und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁽²⁾ ein nationales Verfahrensgesetz vereinbar, das materielle Rechte oder Vorteile für den Verbraucher davon abhängig macht, dass er sich einem besonders schnellen Vollstreckungsverfahren unterwirft, und ihm diese Rechte oder Vorteile in anderen Verfahren nicht zuerkennt?

⁽¹⁾ ABl. L 95, S. 29.

⁽²⁾ ABl. C 364, S. 1.

**Vorabentscheidungsersuchen der Audiencia Provincial de Alicante, Sección octava (Spanien),
eingereicht am 15. Februar 2016 — The Irish Dairy Board Co-operative Limited/Tindale & Stanton
Ltd España, S.L.**

(Rechtssache C-93/16)

(2016/C 156/37)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Audiencia Provincial de Alicante, Sección octava

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsklägerin: The Irish Dairy Board Co-operative Limited

Berufungsbeklagte: Tindale & Stanton Ltd España, S.L.

Vorlagefragen

1. Kann Art. 9 Abs. 1 Buchst. b GMV⁽¹⁾, soweit er eine Verwechslungsgefahr voraussetzt, damit der Gemeinschaftsmarkeninhaber unter den dort geregelten Voraussetzungen einem Dritten verbieten kann, ohne seine Zustimmung im geschäftlichen Verkehr ein identisches Zeichen zu benutzen, dahin ausgelegt werden, dass eine Verwechslungsgefahr zu verneinen ist, wenn die ältere Gemeinschaftsmarke jahrelang friedlich, vom Inhaber geduldet, in zwei Mitgliedstaaten der Union neben ähnlichen nationalen Marken existiert hat, so dass sich das Fehlen der Verwechslungsgefahr in diesen beiden Staaten in Anbetracht der einheitlichen Behandlung, die die Gemeinschaftsmarke gebietet, auf andere Mitgliedstaaten oder auf die gesamte Union erstreckt?
2. Können im vorstehend beschriebenen Fall geografische, demografische, wirtschaftliche oder sonstige Umstände in den Staaten, in denen die Koexistenz bestanden hat, bei der Beurteilung des Vorliegens einer Verwechslungsgefahr berücksichtigt werden, so dass das Fehlen einer Verwechslungsgefahr in diesen Staaten auf einen dritten Staat oder die gesamte Union erstreckt werden kann?

3. In Bezug auf den in Art. 9 Abs. 1 Buchst. c GMV geregelten Fall: Ist diese Bestimmung dahin auszulegen, dass, wenn die ältere Marke über eine bestimmte Anzahl von Jahren in zwei Mitgliedstaaten der Union ohne Widerspruch ihres Inhabers mit dem streitigen Zeichen koexistiert hat, die Duldung der Benutzung des jüngeren Zeichens insbesondere in diesen zwei Staaten durch den Markeninhaber aufgrund der einheitlichen Behandlung, die die Gemeinschaftsmarke gebietet, für die Zwecke der Feststellung, ob für die Benutzung eines jüngeren Zeichens durch den Dritten ein rechtfertigender Grund besteht, auf das restliche Unionsgebiet erstreckt werden kann?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke (ABl. L 78, S. 1).

Vorabentscheidungsersuchen des Juzgado de lo Social n° 3 de Barcelona (Spanien), eingereicht am 17. Februar 2016 — José María Pérez Retamero/TNT Express Worldwide, S.L., Transportes Sapiro, S.L. und Fondo de Garantía Salarial (Fogasa)

(Rechtssache C-97/16)

(2016/C 156/38)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Juzgado de lo Social n° 3 de Barcelona

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: José María Pérez Retamero

Beklagte: TNT Express Worldwide, S.L., Transportes Sapiro, S.L. und Fondo de Garantía Salarial (Fogasa)

Vorlagefragen

1. Ist die Definition von „Fahrpersonal“ in Art. 3 Buchst. d der Richtlinie 2002/15/EG ⁽¹⁾ dahin auszulegen, dass sie einer nationalen Rechtsvorschrift wie Art. 1 Abs. 3 Buchst. g des Arbeitnehmerstatuts entgegensteht, die bestimmt, dass „Personen, die auf der Grundlage von ihnen erteilten verwaltungsrechtlichen Genehmigungen Transportdienstleistungen ... mit Fahrzeugen ... erbringen, an denen sie das Eigentum oder unmittelbare Verfügungsgewalt besitzen“, nicht als „Fahrpersonal“ angesehen werden können?
2. Ist Art. 3 Buchst. e Unterabs. 2 der Richtlinie („Für die Zwecke dieser Richtlinie unterliegen Fahrer, die diese Kriterien nicht erfüllen, den gleichen Verpflichtungen, und genießen die gleichen Rechte, wie sie diese Richtlinie für Fahrpersonal vorsieht“) dahin auszulegen, dass, wenn eine oder mehrere der Voraussetzungen fehlen, die erfüllt sein müssen, um eine Person als „selbständigen Kraftfahrer“ anzusehen, davon auszugehen ist, dass es sich bei dieser Person um „Fahrpersonal“ handelt?

⁽¹⁾ Richtlinie 2002/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben (ABl. L 80, S. 35).

Vorabentscheidungsersuchen der Rechtbank Amsterdam (Niederlande), eingereicht am 24. Februar 2016 — Openbaar Ministerie/Paweł Dworzecki

(Rechtssache C-108/16)

(2016/C 156/39)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Vorlegendes Gericht

Rechtbank Amsterdam